

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(96. - öffentliche - Sitzung am 14. Januar 2021)

Beratungsthemen:

1. **Vertrauensstelle für unsere Polizeibeamten in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5856](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Zuvor hatte er sich mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen des Vertreters der FDP-Fraktion und der Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dagegen ausgesprochen, schriftliche Stellungnahmen zu dem Antrag einzuholen, und mit dem gleichen Stimmenverhältnis für den Abschluss der Beratung votiert. Der Ausschuss empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

Mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der SPD und der CDU und bei Enthaltung der Vertreterin der Fraktion der Grünen und des Vertreters der Fraktion der FDP empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Einsender der **Eingabe 02146/02/18** über die Sach- und Rechtslage zu informieren.

2. **Zeitgemäße Vorschriften: Tätowierungen für niedersächsische Polizeivollzugsbeamte zulassen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1992](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Zum weiteren Verfahren verständigte er sich darauf, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zum aktuellen Sachstand zu bitten.

3. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu den Vorgängen bezüglich der Behandlung des Patienten Igor K. in der Medizinischen Hochschule Hannover (2. Teillieferung)**

Der Ausschuss beschloss nach § 95 a GO LT einstimmig die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 16. Dezember 2020 vorgelegten und entsprechend gekennzeichneten weiteren Unterlagen.

4. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Stand des Verfahrens eines seit August suspendierten Polizisten**

Der Ausschuss kam überein, die Landesregierung zunächst um eine schriftliche Unterrichtung zum aktuellen Sachstand zu bitten. Nach Verfahrensabschluss soll zudem eine mündliche Unterrichtung erfolgen.

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Brandanschlag auf die Landesaufnahmebehörde für Asylbewerber (LAB) in Braunschweig**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.